

An die Medienschaffenden

Bern, 13.09.2013

Medienmitteilung

Neue Energiepolitik ist Schweizer KMU-Wirtschaftspolitik

Zusammen mit der Branchendachorganisation der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz AEE begrüssen 37 Branchenverbände der Bauwirtschaft Schweiz die Vorlage zur Energiestrategie 2050. Die Verbände beurteilen die Umsetzung der neuen Klima- und Energiepolitik als nachhaltige Investition in die Zukunft und langfristige Stärkung der Schweizer Wirtschaft. Gleichzeitig fordern sie wirksame wie effiziente Massnahmen, verlässliche politische Rahmenbedingungen und die Wahrnehmung der Vorbildfunktion von Bund, Kantonen und Gemeinden als Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende.

Potential Gebäudepark im Fokus

49% des Verbrauchs fossiler Energieträger und 37% des elektrischen Stroms entfallen auf das Heizen und Betreiben der rund 1.6 Millionen Gebäude in der Schweiz. Dies muss nicht sein und kann bereits heute durch gute Bauten und effiziente Gebäudetechnik deutlich reduziert werden. Mehr noch: der eklatante Unterschied zwischen den «Energieschleudern» des letzten Jahrhunderts und den Plusenergiebauten der Gegenwart zeigt, wohin die Reise gehen kann und muss. Das Haus der Zukunft ist ein Kraftwerk, das mehr Energie produziert als es selber verbraucht.

Umbau Gebäudepark machbar - rechtliche Grundlage geschaffen

Die Botschaft des Bundesrates liefert die rechtliche Grundlage für den Umbau des Gebäudeparks Schweiz. Die Ausbau- und Gebäudehüllebranche mit ihren 26 Berufsverbänden, 35'500 organisierten Unternehmen, 230'000 Mitarbeitenden und 32'000 Lernenden sowie das Planungsgewerbe mit seinen 11 Berufsverbänden begrüssen deshalb die Energiestrategie 2050 im Grundsatz. Stefan Cadosch, Präsident sia ist überzeugt, dass die Ziele der Energiestrategie des Bundes „nicht nur sinnvoll sondern auch umsetzbar sind – vorausgesetzt alle relevanten Akteure, insbesondere die Kantone, nehmen ihre Verantwortung wahr“.

Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion – Investitionssicherheit bewahren

Um den Anteil der erneuerbaren Stromproduktion von heute 60 auf neu 85% (2035) zu erhöhen, braucht es einen verlässlichen und einfachen Investitionsrahmen. Das bisherige Einspeisevergütungssystem hat sich bewährt. Die angedachte Ausweitung des Volumens ist zwingend und richtig. Hingegen verunsichern in der Botschaft präsentierte Zusatzmassnahmen wie Direktvermarktung, Verbot einzelner Kraftwerkstypen (Kleinwasserkraft) und Auktionen für die Strompreisermittlung private und institutionelle An-

leger und hemmen deren Investitionsbereitschaft. Nur wenn das Einspeisesystem einfach bleibt, ist das anvisierte Ziel von 10 TWh erneuerbarem Strom erreichbar. Technisch und fachlich ist ein solcher Ausbau möglich und kann von der Baubranche geleistet werden.

Kontakte

Christoph Rutschmann, Präsident AEE: 079 377 36 38

Eric Nussbaumer, Nationalrat, Vorstand AEE: 079 200 79 06

Stefan Cadosch, Präsident sia: 079 434 04 16

Peter Schilliger, Nationalrat, Zentralpräsident Gebäudetechnikverband suisselec: 078 671 14 18

Hans Rupli, Zentralpräsident Holzbau Schweiz: 079 773 72 38

Beurteilung der Botschaft des Bundesrates zur Energiestrategie 2050 aus Sicht der Schweizer Bauwirtschaft und der A EE

1. Für eine erfolgreiche Energiewende braucht es eine integrierte Sichtweise: Die Ziele in den Bereichen Klimapolitik, Energiepolitik und Raumplanung müssen ganzheitlich verstanden und miteinander vernetzt werden.
2. Nur Beständigkeit bei Lenkungs- und Vergütungsmassnahmen sowie stabile gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen die nötige Investitionssicherheit.
3. In der Botschaft des Bundesrates fehlen gänzlich klare und verpflichtende Ziele für den Zubau von erneuerbarer Wärme und die Optimierung der Gebäudetechnik. Hier besteht dringender Optimierungsbedarf.
4. Bei Gebäudesanierungen soll die Sanierungsrate von heute 1% auf 3% erhöht werden. Die CO₂-Abgabe zur Gebäudesanierung muss somit auf CHF 84.- pro Tonne CO₂ angehoben werden.
5. Der Kostendeckel zur Finanzierung der Einspeisevergütung (KEV) soll erhöht werden. Das Einspeisesystem muss einfach bleiben und Investitionssicherheit gewährleisten.
6. Die öffentliche Hand (Bund, Kanton und Gemeinden) muss bei eigenen Gebäuden noch viel stärker und innovativer als bisher ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und diese darstellen.
7. Die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKen 2014) muss vor allem auf die CO₂-freie Gebäudetechnik und die Transformation der Altbauten zielen. Hier sind die Kantone massiv gefordert.
8. Für die zügige Ausführung energetischer Altbausanierungen braucht es gut ausgebildete Fachleute. Hervorragende Angebote in Grundbildung, höherer Berufsbildung und Weiterbildung im Bereich der Gebäudetechnik sind dafür Voraussetzung. Es braucht jetzt dringend eine Bildungsoffensive
9. Für die Erreichung der Effizienzsteigerungsziele im Gebäudebereich muss die gesamtenergetische Betrachtung und Betriebsoptimierung in den Fokus gerückt werden. Hier besteht bei den Kantonen Handlungsbedarf.